

# Kölner Erwerbslosen-Anzeiger

Engagierte Zeitung von Erwerbslosen für Erwerbslose und solche, die es werden könnten

# Gewerkschafts- freie Zone

„Kollegen, wir haben alles getan, was möglich war. Wir haben 5000 Arbeitsplätze gesichert. Es tut mir Leid um jeden Einzelnen der 1000 Kollegen, die gehen müssen. Aber mehr war einfach nicht drin.“

Hier endet die Geschichte — für den Betriebsrat. Hier endet die Geschichte — für die Gewerkschaft. Hier beginnt die Geschichte — für die arbeitslosen Kollegen.

Zuerst ein Jahr Arbeitslosengeld I, dann kommt Hartz IV.

## Hartz IV

Der Betriebsrat ist schon lange nicht mehr zuständig. Die Gewerkschaft auch nicht. Hier ist man auf sich allein gestellt. Kein Schutz durch Tarife, kein Streikrecht — ausgesetzt der Willkür einer Behörde, die sich z.B. Arbeitsgemeinschaft Köln nennt. Eine Organisation, die nicht dazu da ist, in „Arbeitsgemeinschaft“ mit den Betroffenen für ein menschenwürdiges Leben zu sorgen. Vielmehr eine Organisation, die die Rechte der ihr Anvertrauten mit Füßen tritt, wie nicht nur die Leser des Kölner Erwerbslosen-Anzeigers seit Jahren wissen.

Das Rückgrat der Gewerkschaften sind die Betriebsräte. Arbeitslose haben keine Betriebsräte. Arbeitslose wählen keine Delegierten und somit keine Funktionäre. Vertrauensleute gibt es für sie nicht. Betriebsräte und Gewerkschafts-

ten sind nur für die da, die in der Arbeitswelt überlebt haben. Die Aussortierten stehen außen vor.

Gewerkschaften halten sich für demokratische Organisationen. Allerdings gibt es keine Demokratie für arbeitslose Kollegen.

Gewerkschaften halten sich für kämpferische Organisationen. Allerdings kämpfen sie nicht für arbeitslose Kollegen.

Gewerkschaften verhandeln über Tarife, Arbeitszeiten, Arbeitsbedingungen — kurz, über Lebensqualität. Allerdings nicht für arbeitslose Kollegen.

Arbeitslose Kollegen müssen sehen, wo sie bleiben — Gewerkschaften fühlen sich für sie nicht zuständig.



[www.die-keas.org](http://www.die-keas.org)

[redaktion@die-keas.org](mailto:redaktion@die-keas.org)

Text: J. Lubig

Bild: S. Hofschlaeger, pixelio.de

# Impressum

Herausgeber:



Die KEAs  
Kölner Erwerbslose in  
Aktion e.V.

Redaktion:  
Kölner Erwerbslosen Anzeiger  
Steprathstr. 11, 51103 Köln  
redaktion@die-keas.org  
www.die-keas.org

Der Kölner Erwerbslosen-Anzeiger erscheint monatlich im Selbstverlag. Redaktion: Antje Löschke (dru, Chefredakteurin), HP Fischer (hpf), H. Naumann (nau), J. Lubig (jlk). Redaktionsschluß: Eine Woche vor Monatsende.

## Bezugsquellen

Wir verteilen den KEA vor der Arbeitsagentur Luxemburger Str. und anderen Agenturen/ARGEn. Zudem liegt der KEA u.a. hier aus:

GGs-Büro, Steprathstr. 11 (Kalk)  
DGB-Haus, Hans-Böckler-Pl. 1, 2. OG.

## Berichte / Briefe

Ihr habt etwas Unglaubliches in der ArGe oder der Agentur erlebt? Ihr wolltet schon immer mal die Presse einschalten, doch die Presse ignoriert Euch? Schreibt uns per Email oder Post. Adressen siehe oben.

## Offenes Treffen

Jeden Donnerstag veranstalten wir ein offenes Treffen für Interessierte: Beginn: 17:00 Uhr in der Steprathstr. 11 (Haltestelle Kalk Kapelle).

## Es geht auch ohne 1-€-Jobs!

SSK - Sozialistische Selbsthilfe Köln

Salierring 37/41 (nähe Barbarossapl.) Tel. Köln 21 31 75. Gebrauchtmöbel und Trödeladen Di-Fr 10-13 Uhr und 14-18 Uhr. Sa 11-14 Uhr (nur Möbellager).

www.sozialistischeselbsthilfekeoeln.de

# 1-Euro-Jobber im Einsatz am eingestürzten Stadtarchiv

Seit Kurzem werden zunächst 10 so genannte 1-Euro-Jobber bei der Bergung historischer Materialien im eingestürzten Stadtarchiv in Köln eingesetzt. Medienberichten zu Folge sollen diese auf 50 aufgestockt werden. Für ARGE-Pressesprecher Udo Wendtland kein Problem, wie er gegenüber den KEAs ausführlich erläuterte: „Die Angelegenheit wurde in allen Gremien ordnungsgemäß beraten und letztlich auch vom Personalrat der Stadt Köln genehmigt.“ Das Kriterium „zusätzlich“ trafe zu, weil es nicht weiter zumutbar sei, die bisher ehrenamtlich aktiven Helfer dort wochenlang weiter schufteten zu lassen.

„Zusätzlich“ meint hier offenbar, dass das Stadtarchiv unplanmäßig eingebrochen ist. Aber mal im Ernst, der Skandal liegt doch auf der Hand:

Die Rettung der historischen Materialien ist keineswegs „zusätzlich“, sondern

verbindlicher Auftrag im Sinne von Pflicht! Für den Einsturz des Archivs wird früher oder später ein Schuldiger gefunden sein, der hier finanziell haftbar zu machen ist. Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass sowohl der Bauherr (KVB) als auch das Archiv selbst angemessen versichert sind.

Hier also Menschen jenseits tariflicher Entlohnung und bar jeder Arbeitnehmerrechte einzusetzen ist schlichtweg Unsinn und Ausbeutung par excellence. Aus diesem Grund sei den betroffenen 1-Euro-Jobbern dringend empfohlen, ein formloses Arbeitstagebuch zu führen (Arbeitszeit, Art und Umfang der Arbeit). Hiernach wird zu überprüfen sein, inwieweit rückwirkend eine ordentliche Entlohnung gerichtlich einzuklagen ist. Die KEAs bieten dabei gern ihre Unterstützung. (KEA)

## ARGE-Mitarbeiter: „Die haben wir fertig gemacht.“

Vom Geist der Mitarbeiter einer Sozialbehörde

Trotz gesetzlich verankerter Beratungspflicht seitens der ARGE gegenüber ihren so genannten „Kunden“ wird eine Familie über Monate oder gar Jahre schlichtweg hingehalten. Erst als diese sich eigeninitiativ um Hilfe bemühte und sich einige erfahrene Beistände der Sache annahmen, konnten die Rechtsansprüche der Familie geordnet und letztlich auch erkämpft werden.

Sogar den Bedarfsermittlungsdienst ließen die Betroffenen über sich ergehen und dennoch bekamen sie Monat für Monat schlicht zu wenig Kohle. Damit sollte nun Schluß sein. Die Beistände berichten von haarsträubenden Holzhammermethoden [sic!] bei der ARGE Köln-Kalk (Bergischer Ring), was wir hier auszugsweise wiedergeben wollen:

„... mehrere Hundert Euro Nachzahlung hat heute Frau XXX [Name ist der Redaktion bekannt] bekommen, die mit ihren Nerven ziemlich am Ende war. Frau XXX war in den letzten Wochen selbst ein Termin in der Leistungsabteilung verweigert worden, obwohl sie in den letzten beiden

Monaten jedes mal zu wenig Geld erhalten hatte. Als wir heute morgen im Frontoffice der ARGE Kalk um einen Termin bitten, wollte man sie erneut abweisen und hat ihr und uns deutlich zu verstehen gegeben, dass wir einen Scheißdreck wert sind. Die Sachbearbeiter heißen XXX und XXX [Namen sind der Redaktion bekannt]. Sie verständigten die Teamleitung und rühmten sich anschließend gegenüber ihren Kollegen am Telefon: 'Die haben wir fertig gemacht.' Später haben wir uns über die Sachbearbeiter bei der Standortleitung beschwert, die angeblich der Sache nachgehen will. Außerdem war für mehrere Stunden das Programm [Softwareprobleme] platt, so dass angeblich niemand was tun konnte. Gottseidank war die Sachbearbeiterin in der Leistungsabteilung freundlicher ... Zwischenzeitlich holte die Sachbearbeiterin jemanden von der Standortleitung, die viel rumquakte und schließlich ging dann doch weiter. Und nach einer weiteren Stunde Wartezeit lief auch das Programm wieder und die Betroffenen bekamen endlich ihr Geld.“ (KEA)

# Mietsenkung

Häufige Auslöser für Auseinandersetzungen zwischen ALG II-Empfängern und der ARGE sind die Übernahme der Kosten der Unterkunft (KdU). Deshalb sollen an dieser Stelle ein paar klare Hinweise und Ratschläge gegeben werden, um eure Verhandlungsgrundlage abzusichern und Kürzungen im ALG II-Bezug zu vermeiden.

In unregelmäßigen Abständen neigen die Persönlichen Ansprechpartner (PAPs) der ARGE dazu, ihre „Kunden“ auf die Unangemessenheit von Miet-, Heiz- oder Nebenkosten hinzuweisen. Die Betroffenen werden unvermutet aufgefordert, die Kosten zu senken. Dies könnte beispielsweise durch Untervermietung, Verringerung der Heizkosten („Ziehen Sie sich doch einen dicken Pull-over an!“), Umzug oder ähnlichen, in die Privatsphäre eingreifenden, Mitteln geschehen.

Es gibt eine Richtlinie  
Die Stadt Köln, bei der ARGE zuständig für die KdU, hat eine Richtlinie zu diesem Thema herausgegeben. Leider kennen die PAPs diesen Text nicht oder nur in Auszügen. Diese Richtlinie sagt: „Die Kosten der Unterkunft gehören gemäß § 19 Abs. 1 SGB II zum notwendigen Lebensunterhalt und werden gemäß § 22 Abs. 1 SGB II in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen erbracht, soweit diese angemessen sind. (...)“ [Richtlinie Nr. 37: Richtlinie zur Berücksichtigung der Kosten der Unterkunft im SGB II vom 26.02.2008 (Az.: 37/07 50 05 022a)]

Tatsächliche Miethöhe...  
Die Betonung liegt hier auf TATSÄCHLICHE Aufwendungen. Das Angemessenheitskriterium wird an dieser Stelle der Richtlinie nicht genau definiert. Eingangs wird von einer pauschalen Höchstgrenze in Höhe von € 6,90/m<sup>2</sup> pro Person ausgegangen. Eine Grenze, die für Kölner Verhältnisse lächerlich ist. Berechnungsgrundlage sind Angaben aus dem sozialen Wohnungsbau. Sozialwohnungen sind in Köln aber ein schwindendes und von Privatisierung bedrohtes Gut. Schon die Berechnungsgrundlage ist damit fraglich.

... muss übernommen werden  
An anderer Stelle wird der Begriff „tatsächliche Aufwendungen“ definiert: „Zu den Kosten der Unterkunft im Sinne der SGB II gehört der im Mietvertrag für die Gebrauchsüberlassung von Wohnraum vereinbarte laufende Mietzins. (...)“ An dieser Stelle ist keine Rede davon, dass die im Mietvertrag vereinbarten Kosten nicht oder nur teilweise von der ARGE getragen werden.

Dennoch ist es in der Beratung keine Seltenheit, dass ALG-II-Empfänger Teile ihres Regelsatzes für die Miete aufbringen, da die ARGE starr am irrationalen Angemessenheitskriterium festhält. Dabei ist auch die ARGE gesetzlichen Beschränkungen unterworfen. Sie muss den ALG II-Empfänger darüber umgehend aufklären, dass die Kosten seiner Unterkunft zu hoch sind.

Aufforderung zur Senkung der KdU  
Die Aufforderung zur Senkung der Unterkunftskosten wird vom „Projekt Senkung der KdU“ (SKdU) beschlossen. Die Richtlinie 37 dazu:

„Kommt das Projekt SKdU zu dem Ergebnis, dass in einem Hilfefall mietsenkende Maßnahmen geprüft werden sollen, ist nun die/der Leistungsberechtigte durch den ARGE-Standort umgehend schriftlich über die Unangemessenheit der zurzeit zu leistenden Mietkosten, die Höhe angemessener Unterkunftskosten, das eingeleitete Wohnungsvermittlungsverfahren sowie die rechtlichen Konsequenzen bei Ablehnung eines Wohnungsangebotes (vgl. Ziffer 5.3) zu unterrichten. Das Schreiben (VD-II-22-Übernahme unangemessener Unterkunftskosten\_ab030907) ist entweder persönlich gegen Empfangsbekanntnis auszuhändigen oder mit Postzustellungsurkunde zu übersenden.“

Schriftliche Aufforderung  
Ohne die schriftliche und formvollendete Aufforderung ist die ARGE verpflichtet die Miete in VOLLER Höhe zu übernehmen. Sie tut das aber bei weitem nicht immer. Lasst euch das nicht gefallen! Das Verfahren muss zwingend eingehalten werden und kann ein halbes Jahr oder länger dauern. Die zu hohe Miete muss auch nach Aufforderung bis zu einem halben Jahr ungemindert übernommen werden. Wenn ihr davon betroffen seid, dass eure Miete nicht vollständig übernommen wird, geht mit einem Beistand zu eurem PAP und weist ihn auf das ordentliche Verfahren hin. Sollte das nicht fruchten, zu Teamleitung/Standortleitung gehen. Auch die Beschwerde-stelle wird sich dafür interessieren.

Wenn ihr umziehen müsst, um einen neuen Job anzutreten, aber noch im Bezug seid, lasst euch den Umzug unbedingt vorher von der ARGE schriftlich genehmigen. Die ARGE muss nach der Richtlinie 37 den Umzug nur nach Zustimmung bezahlen.

Auch Nebenkosten in voller Höhe  
Analog zu den Kosten für die Miete ist die Rechtslage bei Nebenkosten und Betriebskostenabrechnung. Die Kosten müssen in VOLLER Höhe übernommen werden.

Nur ein Richtwert  
Auch wenn ein Richtwert von 1,30 €/m<sup>2</sup> angesetzt wird, gibt es einige Ausnahmen, die höhere Heizkosten mit sich bringen können. Gründe wie Krankheit oder bauliche Mängel müssen berücksichtigt werden. Sollte die ARGE sich querstellen, muss sie auch bei diesen Kosten das o.g. Verfahren einhalten! Häufig gibt's Probleme mit der ARGE um die Betriebskostenabrechnungen, insbesondere wenn Nachzahlungen vom Vermieter gefordert werden. Richtlinie 37 sagt „(...) Solange die Zahlung fällig ist, d.h. der Mieter sich mit der Begleichung nicht in Verzug befindet, sind berechnete Nachforderungen zu übernehmen, soweit sich die Gesamtforderung im Rahmen der Angemessenheit bewegt (...)“. Es gelten die gleichen Ausnahmen wie bei den Heizkosten und das Verfahren muss eingehalten werden!!

Rechte einfordern  
Sollte die ARGE nicht bereit sein, die tatsächlichen Kosten der Unterkunft zu übernehmen, sucht euch Unterstützung und beharrt – freundlich und bestimmt - auf euer Recht.

Beratungsstelle aufsuchen  
Solltet ihr euch schon innerhalb des oben geschilderten Verfahrens befinden, kommt in die Beratung. Es gibt verschiedene Wege das Verfahren abzuwenden. Dabei hängt das weitere Vorgehen vom Einzelfall ab. Die Miete muss übernommen werden, solange das Verfahren schwebt. Alles andere ist ungesetzlich!

# HPs Notizen

## Keine Bettlägerigkeitsbescheinigung

(3) Die Vorlage einer Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ist grundsätzlich als wichtiger Grund anzuerkennen. Es ist nicht zulässig, als Nachweis für einen wichtigen Grund bei Meldever-säumnissen von den Hilfebedürftigen die Vorlage einer sogenannten „Bettlägerigkeitsbescheinigung“ zu verlangen. (Quelle: Fachliche Hin-weise der Bundesagentur für Arbeit zum SGB II §31 hier Rz. 31.14a Fassung vom 20.04.2009)

## Hausratversicherung senkt anrechenbares Einkommen

Wer Arbeitslosengeld II bezieht, darf die Beiträge zu einer Hausratversicherung von seinem anrechenbaren Einkommen abziehen. Das gilt auch dann, wenn die Hausratversicherung nach Beginn des Leistungsbezugs abgeschlossen wurde. Das hat das Sozialgericht Hamburg entschieden (Az.: S 9 SO 348/07). Die Richter legten jedoch fest, dass diese Entscheidung im Einzelfall zu prüfen ist. Die Hamburger Richter wiesen darauf hin, dass es für den Leistungsträger günstiger sei, wenn er dies anerkenne. Komme es zu einem Verlust des Hausrats, müsse der Versicherer den Schaden zahlen und nicht die öffentliche Hand.

## Wohngemeinschaft Wirtschaftsgemeinschaft Haushaltsgemeinschaft Bedarfsgemeinschaft

Wenn ALG-II-Empfänger mit erwachsenen Verwandten zusammen wohnen, darf die ArGe nicht automatisch von einem gemeinsamen Wirtschaften ausgehen und das Arbeitslosengeld II kürzen. Dies hat das Bundessozialgericht (BSG) in einem jetzt veröffentlichten Urteil vom 27. Januar entschieden. Erst wenn die ArGe eine so genannte Haushaltsgemeinschaft formal feststellt, könne das ALG II reduziert werden. Eine Haushaltsgemeinschaft liege erst dann vor, wenn aus einem Topf gewirtschaftet werde. Dies sei hier aber nicht der Fall. Die ArGe müsse zudem beweisen, dass eine Haushaltsgemeinschaft vorliege erklärte der 14. Senat.

Az: B 14 AS 6/08 R

## ArGe muss Eingang bestätigen

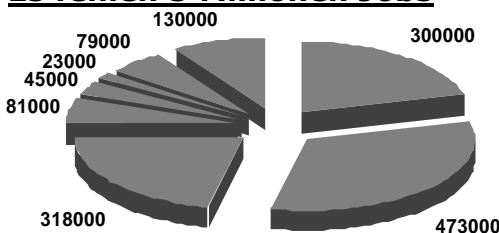
In einem Brief des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales aus dem Referat IIb4, welcher der Redaktion vorliegt wird im Auftrag von Kerstin Assel geschrieben: „Ich teile Ihre Ansicht, dass die Arbeitsgemeinschaft nicht berechtigt ist, die Bestätigung des Einganges von Schriftstücken der Bürger zu verweigern.“

<http://snipurl.com/gwndw>

## Agenda 2010 Weniger ALG II

Trotz mehrfacher Dementis und der Ankündigung eines Gesetzes das klarstelle, dass in Deutschland die Renten auch bei sinkenden Löhnen nicht gekürzt würden, („Nicht im nächsten Jahr, auch nicht in späteren Jahren“, so Scholz.) wollen die Gerüchte um eine Rentenkürzung in 2010 nicht verebben. Wegen der insgesamt sinkenden Lohn- und Gehaltssumme um 2,3 Prozent müssten die Renten und damit auch die Regelsätze für ALG II um diesen Satz gesenkt werden. Dass weder CDU noch SPD den Rentnern und Erwerbslosen diese Folge der von ihnen beworbenen Kurzarbeit vor der Wahl offenbaren wollen ist klar. Schließlich wird endgültig erst im März 2010 über eine Kürzung entschieden. Je nachdem wer dann an der Regierung ist.

## Es fehlen 5 Millionen Jobs



- durch Kurzarbeit gehaltene Arbeitsplätze
- 300.000 stille Reserve im engeren Sinn
- 47.3000 Arbeitssuchende über 58 Jahre
- 318.000 Arbeitsunfähigkeit
- 81.000 Leistungsminderung
- 45.000 Reha
- 23.000 Bewerbungstraining
- 79.000 Vollzeit- Weiterbildungsmaßnahmen
- 130.000

### 1.449.000 GESAMT

Zu den oben in der Tabelle aufgelisteten und in der Grafik dargestellten 1,45 Mio. Erwerbslosen müssen dann noch die offiziellen Zahlen addiert werden, die für April erst nach Redaktionsschluss bekannt werden.

# Infos & Hilfe

## Be ratungss te lle n

ABC H ö h e n h a u s , V o n - K e t t e l e r - S t r . 2 , 5 1 0 6 1 K ö l n - H ö h e n h a u s , T e l . 6 4 6 6 4 1

E c h o , A b e n d r o t h s t r . 2 0 - 2 2 , 5 0 7 6 9 K ö l n - S e e b e r g , T e l . 7 0 0 8 7 0 3

K A L Z , D G B - H a u s , H a n s - B ö c k l e r - P l . 1 , 2 . O G . , T e l . 5 4 6 1 0 7 4

V i n g s t e r T r e f f , W ü r z b u r g e r S t r . 1 1 a , 5 1 1 0 3 K ö l n - V i n g s t , T e l . 8 7 5 4 8 5 .

B e s c h w e r d e s t e l l e A r G e K ö l n F e h l e r h a f t e A L G I I - B e s c h e i d e ? P r o b l e m e m i t d e m / d e r S a c h b e a r b e i t e r / i n ? » v e r s c h w u n d e n e « U n t e r l a g e n ? k e i n e n p e r s ö n l i c h e n A n s p r e c h p a r t n e r ? H i e r f i n d e n S i e d i e B e s c h w e r d e s t e l l e d e r A r G e : i n d e r A g e n t u r f ü r A r b e i t L u x e m b u r g e r S t r . 1 0 . S t o c k .

B u c h s t a b e A , D , L , R , V , Y : F r a u G r e v e r s - P i e c k , Z i . 1 0 3 0 , T e l . 0 2 2 1 - 9 4 2 9 - 8 3 8 1 .

B u c h s t a b e B , S , T , W , X : H e r r H e r z o g e n r a t h , Z i . 1 0 1 7 , T e l . 0 2 2 1 - 9 4 2 9 - 8 2 1 0 .

B u c h s t a b e C , E - K , U , Z : H e r r G o t t s c h l i c h , T e l . 0 2 2 1 - 9 4 2 9 - 8 3 7 8 , Z i . 1 0 0 1 .

K ö l n e r M o n t a g s d e m o J e d e n M o n t a g 1 8 : 0 0 v o r d e m D o m .

## Abk ü r z u n g e n

ALG-II: A r b e i t s l o s e n g e l d I I ( a u c h H a r t z - I V g e n a n n t ) • A r G e : A r b e i t s g e m e i n s c h a f t z w i s c h e n d e r G e m e i n d e u n d d e r A r b e i t s a g e n t u r • A z : A k t e n z e i c h e n • B A : B u n d e s a g e n t u r f ü r A r b e i t • B S G o d e r B s o z : B u n d e s s o z i a l g e r i c h t • B T - D r u c k s a c h e : B u n d e s t a g s - D r u c k s a c h e • D i M a : D i s a b i l i t y M a n a g e m e n t d e r A R G E [ D i s a b i l i t y = B e h i n d e r u n g ] • K E A : K ö l n e r E r w e r b s l o s e n - A n z e i g e r • D i e K E A s e . V . : K ö l n e r E r w e r b s l o s e i n A k t i o n e . V . • P A P : P e r s ö n l i c h e r A n s p r e c h p a r t n e r • S G B : S o z i a l g e s e t z b u c h

[www.Die-KEAs.org](http://www.Die-KEAs.org)

## Ä r g e r m i t d e r A R G E ?



Die KEAs b i e t e n j e d e n M o n t a g z w i s c h e n 1 1 : 0 0 u n d 1 4 : 0 0 U h r , e i n e S p r e c h s t u n d e f ü r H i l f e b e d ü r f t i g e E r w e r b s l o s e a n . S t e p r a t h s t r . 1 1 i n K a l k ( U » K a l k K a p e l l e « , L i n i e n 1 u n d 9 ) .

# Hunger ist kein Argument

Was bisher geschah: Als der zuvor selbständig tätige Michael D. (Name von der Redaktion verändert) nach einem längeren Krankenhausaufenthalt Arbeitslosengeld beantragen möchte, veranstaltet die ARGE die berüchtigten Verzögerungs- und Verschleppungstaktiken. Dreimal versucht er den Antrag abzugeben, dreimal nimmt keiner Notiz von seiner Notlage, dreimal bekommt er nichts. Da Michael D. seh- und hörbehindert ist kämpft er unter verschärften Bedingungen gegen Wartehallen, Antragsformulare und Rechenschaftspflichten.

... ein weiterer Tag im März. Wann weiß ich nicht mehr.

In der Hoffnung auf baldige Hilfe habe ich unter Mühen die gewünschten Unterlagen zusammengetragen und mich wieder mal auf den schweren Weg zur ARGE gemacht. Ich konnte mich nicht mehr daran erinnern, in welchem Büro Herr Z. saß. Bei meiner Suche befand ich mich offenbar in einem Flur, in dem ich nicht erwünscht war. Eine Mitarbeiterin brüllte mich an: „Was wollen Sie hier?! Raus! Verschwinden Sie hier!“ Ich ging in die Richtung aus der ich kam. Wäre ich in besserer Verfassung gewesen, hätte ich wohl anders reagiert.

Nach einer Weile fand ich das Büro von Herrn Z. Warten, Unterlagen überreichen, und nochmals meine dringende Bitte um Hilfe.

„Ihre Angelegenheit wird bearbeitet, Sie bekommen den Bescheid zugesendet“.

Hungrig, krank und ignoriert

Ich konnte mittlerweile meine Medikamente nicht mehr bezahlen. Die Krankenkasse ebenso wenig (da ich selbständig war, musste ich die Beiträge selber leisten). Ich wusste nicht, ob ich mit einem Rauswurf aus der Krankenkasse rechnen musste. In den folgenden Wochen meldete ich mich mehrfach bei der ARGE und bat um Auskunft über den Stand der Dinge. Ich habe immer wieder um Hilfe gebeten und auf meine Notlage hingewiesen. Doch es hat sich einfach nichts getan. Meine Situation wurde einfach ignoriert, und Herr Z. war nicht erreichbar. Aufgrund der Situation hat sich mein Gesundheitszustand verschlechtert. Mitte April 2006 schrieb ich an die ARGE und wies darauf hin, dass ich bereits mit einer Mietzahlung im Rückstand bin und sich eine Reihe weiterer finanzieller Probleme ergeben haben.

Keine Antwort.

Ich hatte Hunger!!!

Schlimmer geht immer

Ich hatte versucht, soweit es ging, jeden klaren Moment zu nutzen, um irgendwie mein Leben am Laufen zu halten.

Nach mehreren Versuchen hatte ich ihn endlich am Telefon, den Herrn Z. Auf meine Frage hin, warum sich nichts tut, hat er mir geantwortet, dass immer noch etwas fehle. Irgendein Steuerbescheid aus dem Jahre 2005. Wozu, dachte ich. Was tut das zur Sache? In der Hoffnung, dass es das jetzt endlich war, habe ich ihm sofort eine Kopie davon geschickt. Auch das half nichts.

Meine Situation verschärfte sich weiter. Meine Nahrungsmittelbeschaffung wurde immer gruseliger. Briefe von nicht bezahlten Rechnungen, Mahnungen und Vollstreckungsbescheide häuften sich. Dadurch wuchsen die zu zahlenden Beträge zusätzlich an. Ich hatte den Leuten versucht zu erklären, dass ich derzeit nicht in der Lage bin irgendetwas zu bezahlen. Darauf hin wurden die Mahnkosten weiter erhöht. Der Hunger quälte. Die Tage ganz ohne Essen wurden immer häufiger. Was sollte ich tun? Flaschen sammeln? Bevor ich eine Flasche überhaupt sehen konnte, ist sie längst weg. Andere hätten sich vielleicht mit Schwarzarbeit, Diebstahl oder sonstigen Dingen gerettet. Ich hatte mit der Behinderung und in der gesundheitlichen Situation, in der ich war, keine Chance. Auf weiteres Nachfragen und Bitten bei der ARGE kam keine Antwort.

Ist das ihr ernst?

Am Anfang Mai 2006 schrieb ich an Herrn Z., da er mal wieder absolut nicht erreichbar war. Zitat aus meinem Brief: "Jetzt bin ich in Not und bin sehr gespannt, ob das Ihr Ernst ist mich hier auflaufen zu lassen. Ich habe Ihnen alles offen gelegt. (...) Im Moment sieht es ja so aus, als ob man auf mich scheißt (...)." Lieber Herr Z., Sie werden sich sicherlich erinnern, falls Sie dies lesen sollten. Hilfe war auch jetzt Fehlanzeige! Immer wieder fiel der ARGE was Neues ein, warum sie mir die Hilfe verweigerte.



Spätfolgen

An einem Tag im Mai, das muss in der zweiten Woche gewesen sein, habe ich wieder den Weg zur ARGE auf mich genommen. Der Hunger quälte mich. Die vorige Nacht hatte ich nicht geschlafen. Den Tag zuvor (oder die Tage – ich konnte die Zeit nicht einschätzen) hatte ich mit Fieber, Nierenschmerzen und Zittern im Bett verbracht. Ich hatte Krämpfe in den Armen und Beinen und konnte zwischenzeitlich nicht aufstehen. Ein heftiges Feuer ging durch mein Gehirn. Das könnte eine Vergiftung durch meine „gute Ernährung“ gewesen sein. Da ich ärztlich nicht versorgt werden konnte, bleibt es als Brennen im Gehirn in Erinnerung. In diesen Tagen habe ich einen der größten Schäden meines Lebens erlitten. Das Feuer in meinem Gehirn vernichtete Wissen und Fähigkeiten, die ich im Laufe meines Lebens aufgebaut hatte. Aufgrund meiner Seh- und Hörbehinderung war ich umso mehr auf dieses Wissen und diese Fähigkeiten angewiesen. Sie waren mein Kapital, welches die ARGE mit Gewalt verbrannte.

Es sollte Jahre dauern, bis ich die Grundstrukturen wieder aufgebaut hatte...

# Die Caritas und die Nächstenliebe

„Armut hat viele Gesichter“, so z. B. die Gesichter von Obdachlosen, die dem Alkohol verfallen und somit aus der Bahn geworfen werden, erfahren geladene Gäste bei einem Glas Sekt. So sieht ein Frühjahrsempfang in der Fastenzeit bei der Caritas Köln aus.

„Ihr verdient an unserer Armut“, so sieht der Vorwurf vor der Tür aus. Dort reden Menschen aus der Zahltagsbewegung Klartext. Dort gibt es keinen Sekt, dafür aber Informationen über die Machenschaften von Caritas & Co.

## Ein-Euro-Jobs

Die Caritas richtet Ein-Euro-Jobs ein. Dafür kassiert der „Wohlfahrtsverband“ jeden Monat eine dreistellige Summe (die genaue Höhe ist Verhandlungs- und gleichzeitig geheime Verschlussache). Es wird also nicht nur eine kostenlose Arbeitskraft eingestellt und somit eine bezahlter Mitarbeiter eingespart und vielleicht sogar auf die Straße gesetzt, sondern auch noch ein schöner Betrag drauf gelegt. So lässt sich Wohltätigkeit aushalten — für die Caritas!

## Seelenheil

Die Caritas tut aber noch mehr. Da sie der Kirche gehört, kümmert sie sich auch um das Seelenheil. Nicht das der Armen, sondern das der wohlstehenden Gesellschaft. Sollte jemand das Gewissen plagen, weil in diesem reichen Land soviel Armut herrscht, dann weiß die Caritas Rat: Nicht die Gesellschaft ist an der Armut schuld, sondern der Einzelne selbst.

## Schuldzuweisung

In ernst und weihevoll vorgetragenen Szenen wurden uns die Gesichter der Armut gezeigt: So die eingangs erwähnten Menschen, die wegen Alkoholproblemen aus dem Gleichgewicht geraten sind. Botschaft: Armut ist kein gesellschaftliches Problem, sondern ein individuelles.

Daraus folgt: Hilfe gibt es nur aus christlicher Nächstenliebe und nicht aus gesellschaftlicher Verantwortung. Hilfe dient nicht der Korrektur gesellschaftlicher Missstände, sondern dem eigenen Seelenheil, denn Gott schreibt ja hoffentlich immer mit.

## Nächstenliebe

Mit dieser Nächstenliebe sehr wohl vereinbar ist die Tatsache, dass Menschen von der ARGE gezwungen werden, an Maßnahmen der Caritas teilzunehmen.

Es ist mit dieser Art Nächstenliebe sehr wohl vereinbar, sich alle Kosten vom Staat finanzieren zu lassen und somit letztendlich den eigenen Arbeitsplatz in der Verwaltung einer der zahlreichen „Wohlfahrtseinrichtungen“ zu sichern.

## Der eigene Arbeitsplatz

Wer seinen Arbeitsplatz zu sichern hat, geht angesichts der Schrecken, die einen bei Verlust erwarten (Hartz-IV winkt meist schon nach 12 Monaten Arbeitslosigkeit) auch über ... tja, worüber denn? Über Leichen? Noch nicht. Über die Interessen von Armen? Sicher! Über die Hoffnungen der Armen? Auf jeden Fall! Über die Würde der Armen? Warum denn nicht?

## Ausgrenzung

In der Einladung zum Sektempfang ist zu lesen: „Armut grenzt aus und bedroht jeden Menschen in seiner Würde.“

Armut grenzt nicht aus — Menschen grenzen aus!

Menschen, die Arme als Einnahmequelle für sich entdeckt haben und fleißig ihre eigenen Taschen füllen — diese Menschen grenzen aus!

Eine Caritas, die als Teil der Kirche 2000 Jahre Zeit hatte, Armut zu beseitigen und sich bis heute lediglich am Geschäft mit der Armut beteiligt — diese Caritas grenzt aus!

## „Wohltätigkeit“ zum eigenen Nutzen

Die Einladung zum weihevollen Frühjahrsempfang beginnt mit dem Satz „Armut in unserem reichen Land ist ein Skandal.“ Das stimmt. Heuchler, die gar nicht erst versuchen, Armut abzuschaffen, sondern an ihr unter dem Deckmantel der „Wohltätigkeit“ gut verdienen sind jedoch der größere Skandal!

Text und Bild: Jochen Lubig „Nicht auf dem Menüplan: Arme schlucken.“ Ein Artikel in der Neuen Rheinischen Zeitung: <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=13633>

